

**Änderungsantrag** der Fraktionen der SPD und der CDU

**Nachtragshaushaltsgesetz und Nachtragshaushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2005 (einschließlich Veränderungen im Produktgruppenhaushalt)**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der Nachtragsproduktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:

Produktplan:	11	Justiz
Produktbereich:	11.01	Fachgerichtsbarkeit
Produktgruppe:	11.01.06	Landesarbeitsgericht Bremen

Der Anschlag bei den konsumtiven Einnahmen wird von 70 T€ um 5 T€ auf 75 T€ erhöht.

Der Anschlag bei den Personalausgaben wird von 504 T€ um 7 T€ auf 497 T€ reduziert.

II. In konkreter Umsetzung wird der Nachtragshaushaltsplan wie folgt geändert:

Einzelplan:	01	Justiz und Verfassung, Sport
Kapitel:	0150	Landesarbeitsgericht
Titel:	0150/112 02-8	Gerichtsgebühren und Geldstrafen

Der Anschlag wird von 69.500 € um 5.000 € auf 74.500 € erhöht.

Titel:	0150/425 01-8	Vergütungen der Angestellten
--------	---------------	------------------------------

Der Anschlag wird von 153.520 € um 7.310 € auf 146.210 € reduziert.

Cornelia Wiedemeyer,  
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD

Helmut Pflugradt,  
Hartmut Perschau und Fraktion der CDU